

**Finanzausschusssitzung am 10. Oktober 2016**

TOP 1

Vorlage(n): Drs.-Nr. 18/4355, 18/4356,
18/4592

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017), Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017, Finanzplan Schleswig-Holstein 2016-2020, Finanzplan-Fortschreibung 2021-2026 und Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Defizites gem. Art. 61 der Landesverfassung

hier:***Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung******Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes******Einzelplan 16 - InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)*****Sprechzettel**

Anlass	(Warum befasst sich das Kabinett, Fz., usw. damit? Beweggründe)
	Beratung des Haushaltsentwurfs 2017 sowie der Finanzplanung im Finanzausschuss: gemäß Terminplan (Umdruck 18/6203) ist die Beratung „Haushalt Finanzen“ am 10. Oktober 2016, 12 Uhr, vorgesehen

Inhalt	(Wer? Was? Warum? Wann und wie lange? Ggf. Ergebnisse der 1. Kabinettsbefassung)
	<p>Allgemeines / Vorab</p> <p>I. Zeitplan Nachschiebeliste</p> <ul style="list-style-type: none">• November-Steuerschätzung 2.-4.11.2016• anschließend Regionalisierung der Ergebnisse• Kabinett Nachschiebeliste 15.11.2016• Zuleitung Finanzausschuss 16.11.2016 voraussichtlich <p>II. Veranschlagung der Ausgaben im Aufgabenbereich Asyl / Flüchtlinge</p> <p>⇒ Basis der Veranschlagung der Ausgaben im Aufgabenbereich Asyl ist die Rechenmethodik, die auch dem Haushalt 2016 zugrunde lag. Es erfolgt insoweit eine Aktualisierung, dass die Bestandszahl vom 31. Dezember 2015 zugrunde gelegt wurde und eine Anpassung hinsichtlich der Bleibeperspektiven erfolgte. Es wird nunmehr der Sicht des Bundes folgend davon ausgegangen, dass 70 Prozent der Flüchtlinge eine gute, 5 Prozent der Flüchtlinge eine schlechte und 25 Prozent der Flüchtlinge eine unklare Bleibeperspektive haben (vorher 50/25/25). Weiterhin wird von der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prognostizierten bundesweiten Zugangszahl für 2017 von 800.000 ausgegangen, davon entfielen 27.200 auf Schleswig-Holstein.</p> <p>⇒ Nachsteuerung über die Nachschiebeliste auf Basis aktualisierter Zahlen</p> <p>⇒ 68 Mio. Euro Integrationsmittel vom Bund sind im Haushaltsentwurf 2017 bislang nicht berücksichtigt</p> <p>⇒ diese 68 Mio. Euro sowie die Auflösung der globalen Mehreinnahmen für erwartete Einnahmen (Abschlagzahlung des Bundes) im Zusammenhang mit der Übernahme der Kosten nach dem Asylbewer-</p>

berleistungsgesetz durch den Bund in Höhe von 25 Mio. Euro werden im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Steuerschätzung im Rahmen der Nachschiebeliste berücksichtigt

⇒ Hinweis in diesem Zusammenhang: die globalen Mehreinnahmen in Höhe von 25 Mio. Euro sind zu niedrig veranschlagt, da die der Berechnung der Erstattungsleistung des Bundes zugrunde liegenden Annahmen zu den Zugangszahlen unterhalb der Zugangszahlen liegen, die Grundlage für die Veranschlagung der Ausgaben im Landeshaushalt waren.

III. Zinsen

- Für Kreditmarktzinsen sieht der Haushaltsentwurf 2017 Ausgaben in Höhe von rd. 607 Mio. Euro vor.
- Nach heutigem Kenntnisstand kann mit der Nachschiebeliste eine Absenkung der Zinsausgaben um knapp über 30 Mio. Euro vorgenommen werden.
- Ob aufgrund von Negativzinsen weitere Veränderungen möglich sind, wird bis zur Nachschiebeliste konkretisiert.

Finanzplan 2016-2020, Finanzplan-Fortschreibung 2021-2026 sowie Bericht zum Abbau des strukturellen Defizits gemäß Art.

67 Landesverfassung

- Zur Schließung der strukturelle Lücke bis spätestens zum Jahr 2020 liegt der Anstieg der Ausgaben unterhalb des Anstieges der Einnahmen
- das durchschnittliche Einnahmewachstum liegt bei **2,6 %**, das durchschnittliche Ausgabewachstum bei **1,9 %**
- ab dem Jahr 2020 verlaufen die Entwicklungen nahezu parallel, wobei die MFP mit hohen Sicherheits-

abständen arbeitet, damit schlechte Steuerschätzungen nicht sofort einen Handlungsbedarf auf der Ausgabenseite auslösen

- in der Finanzplanung ist ein Haushaltsüberschuss 150-200 Mio. Euro vorgesehen
- bis einschließlich 2020 wird der Planung der Steuereinnahmen die Ergebnisse der Steuerschätzung zugrunde gelegt, wobei ab 2018 eine Vorsorge in Höhe von 50 Mio. Euro berücksichtigt wurde, in der Finanzplanfortschreibung ab 2021 wurde die Steuereinnahmen mit 3%, der Wachstumsrate des nominalen Produktionspotentials, fortgeschrieben
- Zinsausgaben
2017: 606 Mio. Euro
2018: 647 Mio. Euro
2019: 688 Mio. Euro
2020: 749 Mio. Euro
2026: 1.113 Mio. Euro
Konservative Finanzierungsstrategie (mittel- bis langfristige Zinssicherungen, aktuell für Kredite ab 2021); die Risiken potenzieller Zinssteigerungen sind in den Ansätzen angemessen berücksichtigt.
- als Risikovorsorge für zusätzliche Zinsbelastungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der HSH Nordbank wurde mit den Eckwerten zur MFP ab dem Jahr 2019 ein Betrag von 20 Mio. Euro vorgesehen; mit der neuen Finanzplanung wird dieser Betrag im Jahr 2020 auf 40 Mio. Euro und 2021 auf 60 Mio. Euro angehoben und ab 2022 mit 60 Mio. Euro verstetigt.
- Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) ist bis zum Jahr 2020 auf der Grundlage der veranschlagten und prognostizierten Steuereinnahmen des Landes berechnet. Berücksichtigt sind dabei die Abrechnung des Jahres 2015 im Jahr 2017 sowie die vo-

raussichtliche Abrechnung 2016 im Jahr 2018. Ab dem Jahr 2021 wird der KFA auf Basis der Fortschreibung der Steuereinnahmen berechnet.

- Die budgetmäßigen Folgewirkungen aus der Umsetzung des Stellenabbaupfades 2018 – 2020 sind enthalten.
- in der Finanzplanung werden zusätzliche Mittel für Bildungsinvestitionen bereitgestellt; für das Jahr 2018 sind 20 Mio. Euro eingeplant, in den Folgejahren wächst dieser Betrag bis zum Jahr 2022 jährlich um weitere 10 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro auf
- die Finanzplanung und die Finanzplanfortschreibung sehen eine Mittaufstockung für IMPULS in Höhe von 50 Mio. Euro auf 150 Mio. Euro vor
- Die finanziellen Auswirkungen des Versorgungsfondsgesetzes sind eingeplant, der Gesetzentwurf der Landesregierung mit der Drs. 18/4706 wurde dem Landtag zugeleitet

Einzelplan 11 „ Allgemeine Finanzverwaltung“

Einnahmen

- Im Haushaltsentwurf der Landesregierung sind die Steuereinnahmen entsprechend der Mai-Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ in Höhe von 9.425 Mio. Euro berücksichtigt. Gegenüber dem Soll 2016 steigen die Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ um rund 460 Mio. Euro bzw. rund 5 Prozent. Der Haushaltsplan 2016 sieht gegenüber den Ist-Einnahmen aus Steuern und Länderfinanzausgleich des Jahres 2015 eine Steigerung um 2,3 Prozent vor. Tatsächlich liegen per Ende September 2016 die Einnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,1 Prozent höher.

- Die Einnahmen aus der Feldes- und Förderabgabe sinken gegenüber dem Soll 2016 (inkl. Nachtrag) um 25 Mio. Euro auf 55 Mio. Euro.

Voraussichtlich ist über die Nachschiebeliste eine weitere Absenkung erforderlich. [5 Mio. Euro]

Ausgaben

- Die Veranschlagung der **Ausgaben für den Kommunalen Finanzausgleich (KFA)** erfolgte auf Basis der Mai-Steuerschätzung. Die Ausgaben für den KFA steigen gegenüber dem Soll 2016 um rund 190 Mio. Euro auf rund 1,7 Mrd. Euro.
Darin enthalten ist die endgültige Abrechnung des KFA 2015 (rd. 62 Mio. Euro).
- **Für Tarif- und Besoldungsanpassungen ist im Haushaltsentwurf eine Vorsorge in Höhe von 170 Mio. Euro** enthalten. Dieser Betrag berücksichtigt
 - die Finanzierung der tarifvertraglich bzw. gesetzlich festgelegten Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsanpassungen der Jahre 2015 und 2016
(soweit die Mittel noch nicht bedarfsgerecht in die Ressorteinzelpläne umgesetzt wurden),
 - eine Vorsorge für die Tarif-, Besoldungs- und Versorgungserhöhungen 2017 in Höhe von gut 2%.Diese Mittel werden bedarfsgerecht entweder mit der Nachschiebeliste oder im Vollzug 2017 in die Einzelpläne umgesetzt.
- Die **Zuführung an die Versorgungsrücklage**, in die jeweils 0,2 Prozentpunkte der Besoldungs- und Versorgungsanpassung fließen, wird 2017 auf 77,5

Mio. Euro veranschlagt.

- Für **Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte sowie deren Hinterbliebene** sind rd. 1,15 Mrd. Euro vorgesehen. Gegenüber dem Soll für 2016 bedeutet dies eine Steigerung um rd. 47 Mio. Euro oder **4,3%**. Die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wird voraussichtlich von 2016 nach 2017 um etwa 870 auf rd. 33.700 steigen. Der Trend steigender Versorgungsausgaben auf Grund einer stetig steigenden Anzahl von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern setzt sich damit fort.
- Im Einzelplan 11 ist darüber hinaus in Höhe von rd. 55 Mio. Euro **Vorsorge für Mehrbedarf im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern** getroffen worden, da mit einer Steigerung der Zahl dieses Personenkreises gerechnet wird. Dieser Vorsorgebetrag wird im Rahmen der Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2017 aufgelöst.

Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Im Rahmen der Ressort-Einzelpläne thematisiert, ergänzend nur:

- Für die **Unterbringung von Asylsuchenden** (Bauunterhaltung, Herrichtung, Miete und Bewirtschaftung) wurden die Ansätze im Einzelplan 12 um rd. 86,8 Mio. Euro auf nunmehr rd. 106,1 Mio. Euro reduziert.
- Die **Bauunterhaltungsmittel** werden um insgesamt

3 Mio. Euro verstärkt.

**Einzelplan 16 - InfrastrukturModernisie-
rungsProgramm für unser Land Schleswig-
Holstein (IMPULS 2030)**

Im Rahmen der Ressort-Einzelpläne thematisiert, alle
Fragen dort behandelt.

VI M	VI St	VI Laufz	VI Laufz	VI Laufz	VI Laufz	VI Laufz
------	-------	----------	----------	----------	----------	----------